

# Der ökonomische Unsinn einer Kohlenstoffsteuer

geschrieben von Chris Frey | 2. August 2024

**Vance Ginn**

Der Vorstoß für eine Kohlenstoffsteuer hat angesichts des [finanzpolitischen](#) Sturmes im Jahr 2025 und der sich verschärfenden Debatte über den Klimawandel wieder an Popularität gewonnen. Die Befürworter behaupten, dies sei eine Lösung, um Mehrausgaben zu finanzieren und gleichzeitig die Treibhausgas-Emissionen (THG) zu reduzieren. Aber eine Kohlenstoffsteuer ist eine fehlgeleitete, kostspielige Politik, die abgelehnt werden muss.

Eine Kohlenstoffsteuer funktioniert eher wie eine Einkommenssteuer als eine Verbrauchssteuer und erfasst alle Formen von Arbeit, einschließlich der Produktion von Investitionsgütern und des Baus von Gebäuden. Diese Sektoren sind stark mit Kohlenstoff-Emissionen verbunden, was bedeutet, dass die Steuer sie unverhältnismäßig stark belastet und Investitionen und Innovationen hemmt – ähnlich wie bei einer progressiven Einkommenssteuer, aber mit breiteren wirtschaftlichen Auswirkungen.

In den USA zum Beispiel ist allein der Bausektor für etwa 40 Prozent der Kohlenstoff-Emissionen verantwortlich. Eine Kohlenstoffsteuer würde diese Branche stark benachteiligen und ihre Fähigkeit einschränken, zu wachsen, neuen Wohnraum zu schaffen und Arbeitsplätze zu erhalten. Außerdem ist die Einführung einer Kohlenstoffsteuer mit enormen Verwaltungskosten verbunden. Das Bundessteuergesetzbuch ist bereits komplex und kostspielig; eine Kohlenstoffsteuer würde diese Probleme noch verschärfen.

Die Bestimmung der Netto- Kohlenstoff-Emissionen ist ein nuancierter Prozess, der ständig wechselnden und willkürlichen bundesstaatlichen Definitionen unterliegt, was die Folgekosten für Unternehmen und Verbraucher erhöht.

Eine Studie der [Tax Foundation](#) hat ergeben, dass eine Kohlenstoffsteuer jährlich Milliarden von Dollar an Verwaltungskosten mit sich bringen würde, eine Belastung, die letztlich die Verbraucher durch höhere Preise, weniger Wirtschaftstätigkeit und weniger Arbeitsplätze treffen würde.

Die US-Wirtschaft leidet bereits unter jährlichen [Verwaltungskosten](#) in Höhe von 3 Billionen Dollar, einschließlich vieler energiebezogener Beschränkungen, und die Regierung Biden hat seit ihrem Amtsantritt mehr als 1,6 Billionen Dollar an Verwaltungskosten [hinzugefügt](#).

Ein Grundprinzip des Kapitalismus' der freien Marktwirtschaft ist, dass

er mit einer begrenzten Regierung einhergeht. Eine Kohlenstoffsteuer widerspricht diesem Prinzip, indem sie die staatliche Regulierung alltäglicher wirtschaftlicher Aktivitäten ausweitet. Die Steuereinnahmen würden auch weitere Mehrausgaben ermöglichen, was allerdings fraglich ist, da der angebliche Zweck der Steuer darin besteht, die Kohlenstoff-Emissionen und damit auch die erhobenen Steuern zu reduzieren.

Darüber hinaus könnte eine Kohlenstoffsteuer bestimmte Produktionsmethoden gegenüber anderen bevorzugen, was die Chancengleichheit, von der freie Märkte leben, stören und zu Ineffizienzen und Marktverzerrungen führen würde. Die Regierung wählt Gewinner und Verlierer aus, indem sie bestimmte Methoden bevorzugt, was den Wettbewerb und das Wirtschaftswachstum untergräbt. Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien werden wahrscheinlich politisch bevorzugt behandelt, wodurch Investitionen von den effizienteren und praktikableren Technologien des Marktes abgezogen werden.

Pigou-Steuern, die auf die Korrektur negativer externer Effekte abzielen, werden häufig zur Unterstützung einer Kohlenstoffsteuer angeführt. Diese Steuern sind nach dem Wirtschaftswissenschaftler Arthur Pigou benannt und sollen die negativen Auswirkungen externer Effekte korrigieren, indem sie Kosten in Höhe des externen Schadens auferlegen. Sie können jedoch kontraproduktiv sein, da sie zwangsläufig den falschen Steuersatz haben und die Wirtschaftstätigkeit verzerren.

Kohlenstoffsteuern tragen komplexen wirtschaftlichen Wechselwirkungen und unbeabsichtigten Folgen nicht Rechnung. Das PROVE It-Gesetz beispielsweise schlägt einen neuen Rahmen für die Kohlenstoffsteuer vor, aber es fehlt eine klare, konsistente und wissenschaftlich fundierte Grundlage für die Umsetzung. Diese Ungewissheit erhöht das Risiko von Störungen der Wirtschaft und Kostensteigerungen für die Verbraucher.

Ein weiterer kritischer Punkt in der Debatte um die Kohlenstoffsteuer ist die Frage: Wer entscheidet?

Die Klimawissenschaft entwickelt sich ständig weiter, und Wirtschaftsmodelle, welche die Ergebnisse von Kohlenstoffsteuern vorhersagen, sind mit Unsicherheiten behaftet. Den Verbrauchern auf der Grundlage ungeklärter wissenschaftlicher Erkenntnisse und unvorhersehbarer wirtschaftlicher Auswirkungen hohe Kosten aufzubürden ist kein kluger politischer Ansatz. Wir sollten freiwillige Maßnahmen und technologische Fortschritte fördern, welche die Emissionen auf natürliche Weise durch Marktaktivitäten reduzieren.

Wichtig ist, dass die EPA Kohlendioxid nicht als schädlichen Schadstoff im herkömmlichen Sinne betrachtet, da es für das Leben unerlässlich ist. Wir brauchen Kohlendioxid, um zu atmen und ein erfülltes Leben zu genießen. Dies stellt den Grund für die Besteuerung von Kohlendioxid-Emissionen weiter in Frage, da es eine unangemessene wirtschaftliche Belastung darstellt, wenn man versucht, ein natürlich vorkommendes und

notwendiges Element zu regulieren.

Selbst wenn Amerika nicht besser abschneiden würde als andere Länder, die sich dem Pariser Vertrag über Ziele für den Kohlendioxidausstoß angeschlossen haben, sind [China](#) (und Indien) nicht daran interessiert, wodurch den Amerikanern noch mehr unnötige Kosten für die Reduzierung dieser Emissionen aufgebürdet werden.

Außerdem können die Kosten von Kohlenstoffsteuern erheblich sein. Eine Erhöhung der Produktionskosten führt zu höheren Preisen für Waren und Dienstleistungen, was Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen unverhältnismäßig hart trifft – vor allem, wenn sie bereits unter einer hohen Inflation leiden. So könnte eine Kohlenstoffsteuer von 50 Dollar pro Tonne die Energiekosten der Haushalte bis zu 300 Dollar jährlich erhöhen. Dieser regressive Charakter untergräbt den angeblichen Nutzen für die Umwelt und belastet diejenigen noch stärker, die es sich am wenigsten leisten können.

Länder, die Kohlenstoffsteuern einführen, wie einige in Europa, haben unterschiedliche Ergebnisse erzielt. Die Emissionssenkungen waren minimal, während das Wirtschaftswachstum gebremst wurde. Diese Maßnahmen führen häufig zum Verlust von Arbeitsplätzen und zur Verringerung der globalen Wettbewerbsfähigkeit, was die unbeabsichtigten Folgen solcher Maßnahmen verdeutlicht. So führte beispielsweise die französische Kohlenstoffsteuer zu weit verbreiteten Protesten und wirtschaftlichen Störungen, was die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen solcher Maßnahmen verdeutlicht.

Während die Absicht hinter einer Kohlenstoffsteuer – die amerikanischen Treibhausgasemissionen zu reduzieren, um den globalen Klimawandel zu bekämpfen – an sich fragwürdig ist, beweisen die wirtschaftlichen Realitäten und die Prinzipien der freien Marktwirtschaft, dass dies ein falscher Ansatz ist. Angesichts des Haushaltssturmes, der im nächsten Jahr wahrscheinlich aufzieht, sollte der Kongress den PROVE It Act und die Kohlenstoffsteuer im Allgemeinen einfach ablehnen.

Das Fazit ist, dass die Vergrößerung des staatlichen Fußabdrucks durch eine solche Steuer weder kreativ noch marktorientiert ist. Stattdessen sollten wir uns auf marktorientierte Lösungen konzentrieren, die Innovation und Effizienz fördern, ohne schwerfällige Vorschriften einzuführen.

*This piece originally appeared at AIER.org and has been republished here with permission.*

Link:

<https://cornwallalliance.org/2024/07/the-economic-folly-of-a-carbon-tax/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE